

**Informationsblatt nach Art. 13 oder 14 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)
bei der Stadt Detmold im Rahmen des betreuungsgerichtlichen Verfahrens**

Die DS-GVO bildet die gesetzliche Grundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Diese stärkt die Rechte der betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Die Wahrung der Transparenz bei der Datenverarbeitung ist für die Stadt Detmold von besonderer Bedeutung. Hiermit kommen wir Ihrem Informationsanspruch nach und teilen Ihnen Folgendes mit:

Verantwortliche/r:

Stadt Detmold
Fachbereich 4, Soziales, Integration und Bürgerservice
Betreuungsbehörde
Braunenbrucher Weg 18
32756 Detmold
E-Mail: betreuungsstelle@detmold.de

Datenschutzbeauftragte/r:

Datenschutzbeauftragte/r der Stadt Detmold
persönlich
Marktplatz 5
32756 Detmold
E-Mail: datenschutz@detmold.de

Zweck und Notwendigkeit:

Die Betreuungsbehörde verarbeitet personenbezogene Daten, soweit dies zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist. Dies umfasst insbesondere:

- Mitwirkung in betreuungsgerichtlichen Verfahren, insbesondere Sachverhaltsermittlung und Betreuungsvorschlag gegenüber dem Betreuungsgericht (§ 11 BtOG i.V.m. § 279 FamFG)
- Mitwirkung bei gerichtlichen Unterbringungs- und Vorführungsaufträgen (§ 1831 BGB i.V.m. §§ 322, 326 FamFG)
- Beratung, Unterstützung und Eignungsfeststellung von Betreuerinnen und Betreuern (§§ 5, 11 Abs. 1 Nr. 3 BtOG)
- Beratung zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen sowie deren Beglaubigung (§ 7 BtOG)
- Registrierung und Überprüfung beruflicher Betreuerinnen und Betreuer (§§ 23 ff. BtOG)
- Vermittlung anderer Hilfen als Alternative zur Betreuung

Rechtsgrundlage der Verarbeitung:

Verarbeitung allgemeiner personenbezogener Daten:

- Art. 6 Abs. 1 lit. e DS-GVO (Wahrnehmung einer Aufgabe im öffentlichen Interesse) i.V.m. § 11 BtOG, §§ 279, 322, 326 FamFG, §§ 1814 ff., 1831 BGB
- Art. 6 Abs. 1 lit. c DS-GVO (Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung) i.V.m. BtOG, FamFG und BtRegV

- Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO (Einwilligung) – nur ausnahmsweise einschlägig, soweit keine gesetzliche Grundlage besteht

Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (insb. Gesundheitsdaten):

- Art. 9 Abs. 2 lit. g DS-GVO (erhebliches öffentliches Interesse) i.V.m. § 11 BtOG, § 279 FamFG, §§ 1814 ff. BGB

Ergänzend finden Anwendung: DSG NRW, GDSG NRW, SGB X

Kategorien personenbezogener Daten
(Art. 14 DS-GVO, soweit Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden)

Je nach Verfahrensstand können insbesondere folgende Datenkategorien verarbeitet werden:

- Identifikations- und Kontaktdaten (Name, Anschrift, Geburtsdatum)
- Gesundheitsdaten und ärztliche Befunde
- Angaben zur persönlichen und sozialen Situation (Wohn-, Familien- und Vermögenssituation)
- Angaben zu Betreuungsbedarf und -verlauf
- Angaben zur Eignung und Zuverlässigkeit von Betreuerinnen und Betreuern
- Behördliche Verfahrensdaten (Gerichtsaktenzeichen, Beschlüsse)

Herkunft personenbezogener Daten
(soweit nicht bei der betroffenen Person erhoben)

Soweit ein gesetzlicher Rechtsanspruch besteht oder die betroffene Person eingewilligt hat, können Daten auch bei folgenden Stellen erhoben werden:

- Angehörigen und Personen aus dem sozialen Umfeld (z.B. Nachbarn, Vermieter/innen)
- Verfahrensbeteiligten (z.B. Betreuer/in, Bevollmächtigte/r, Verfahrenspfleger/in)
- Gerichten (insbesondere Betreuungsgericht)
- Sozialleistungsträgern und anderen Behörden (z.B. Jobcenter, Gesundheitsamt)
- Ärztinnen und Ärzten, Therapeutinnen und Therapeuten
- Einrichtungen (z.B. Pflegeheime, Krankenhäuser, Pflegedienste)
- Melde- und Strafverfolgungsbehörden
- Geldinstituten

Empfänger/Kategorien von Empfängern:

Interne Stellen:

- IT-Abteilung der Stadt Detmold (Bereitstellung und Betrieb der eingesetzten IT-Systeme)
- Rechtsamt der Stadt Detmold (bei rechtlichen Fragestellungen und Rechtsstreitigkeiten)
- Fachbereich 4 – Soziales, Integration und Bürgerservice (fachliche Zuständigkeit und Aufsicht)

Externe Stellen:

- Betreuungsgerichte

- Sozialleistungsträger und andere Behörden (z.B. Gesundheitsamt, andere Betreuungsbehörden)
- Andere Gerichte und Strafverfolgungsbehörden (soweit gesetzlich zulässig)
- Verfahrensbeteiligte (z.B. Betreuer/in, Bevollmächtigte/r, Verfahrenspfleger/in)
- Kliniken und soziale Einrichtungen (z.B. therapeutische Wohngruppen, Alten- und Pflegeheime)

Übermittlung an ein Drittland/internationale Organisation: Eine Übermittlung der verarbeiteten Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation ist nicht vorgesehen.

Speicherdauer bzw. -kriterien: Die erhobenen Daten werden nur so lange gespeichert, wie dies zur Erfüllung der Aufgabe erforderlich ist, für die sie erhoben wurden. Die Aufbewahrungsfristen richten sich nach den einschlägigen gesetzlichen Vorgaben:

- Registrierungsakten beruflicher Betreuerinnen und Betreuer (insb. abgelehnte, widerrufen oder zurückgenommene Registrierungen): 10 Jahre nach Abschluss des Verfahrens (§§ 23 ff. BtOG i.V.m. BtRegV)
- Unterlagen aus der Sachverhaltsermittlung/Betreuungsgerichtshilfe: Mangels gesetzlicher Standardfrist richtet sich die Aufbewahrung nach dem Erforderlichkeitsgrundsatz, möglichen Haftungsansprüchen und dem Landesarchivrecht NRW. Nach den Empfehlungen der LAG Betreuungsangelegenheiten werden einfache Unterlagen regelmäßig 2 Jahre, Unterlagen mit möglicher späterer Relevanz 10 Jahre aufbewahrt.

Soweit gesetzliche Aufbewahrungspflichten bestehen, kann das Recht auf Löschung nach Art. 17 Abs. 3 DS-GVO eingeschränkt sein.

Pflicht zur Bereitstellung der Daten: Die Bereitstellung personenbezogener Daten ist in den Fällen gesetzlich erforderlich, in denen die Betreuungsbehörde ihre gesetzlichen Aufgaben wahrnimmt – insbesondere im Rahmen betreuungsgerichtlicher Verfahren oder bei der Vermittlung geeigneter Hilfen.

Werden erforderliche Daten nicht bereitgestellt, kann dies dazu führen, dass der Sachverhalt nicht vollständig ermittelt, dem Betreuungsgericht nicht vollständig berichtet oder eine geeignete Unterstützung nicht vermittelt werden kann.

Soweit die Verarbeitung ausnahmsweise auf einer Einwilligung beruht, ist die Bereitstellung freiwillig. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden (siehe unten).

Betroffenenrechte: Nach Art. 12 bis 22 DS-GVO stehen Ihnen unter anderem folgende Rechte zu:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DS-GVO)

- Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16 DS-GVO)
- Recht auf Löschung (Art. 17 DS-GVO), soweit keine Aufbewahrungspflichten entgegenstehen
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO)
- Widerspruchsrecht (Art. 21 DS-GVO), soweit die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO), soweit die Verarbeitung auf einer Einwilligung oder einem Vertrag beruht

Zur Wahrnehmung Ihrer Rechte wenden Sie sich an die
Betreuungsbehörde (betreuungsstelle@detmold.de) oder den
behördlichen Datenschutzbeauftragten
(datenschutz@detmold.de).

Kontaktdaten der Aufsichtsbehörde:

Ihr Beschwerderecht (Art. 77 DS-GVO) können Sie bei der
zuständigen Aufsichtsbehörde wahrnehmen:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Nordrhein-Westfalen

Postfach 20 04 44, 40102 Düsseldorf

Hausanschrift: Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf

Tel.: 0211 38424-0

E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de

Widerruf:

(nur soweit die Verarbeitung auf einer
Einwilligung beruht)

Sofern die Verarbeitung auf einer Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1
lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO beruht, kann diese jederzeit
mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Der Widerruf ist formlos möglich, z.B. per E-Mail an:
betreuungsstelle@detmold.de

Durch den Widerruf wird die Rechtmäßigkeit der bis dahin
erfolgten Verarbeitung nicht berührt.